

GWS KURZMITTEILUNG 2023/3

Steigende Verteidigungsausgaben in Deutschland

Verteidigungsausgaben im ökonomischen Kontext
und erste Wirkungsrechnungen auf Branchen

Kiara Langelage
Marc Ingo Wolter

Impressum

AUTOR:INNEN

Kiara Langelage

E-Mail: kiara.langelage@t-online.de

Dr. Marc Ingo Wolter

Tel: +49 (0) 541 40933-291, E-Mail: wolter@gws-os.com

TITEL

Steigende Verteidigungsausgaben in Deutschland – Verteidigungsausgaben im ökonomischen Kontext

VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

© GWS mbH Osnabrück, September 2023

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers/der Verfasser und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der GWS mbH wider.

HERAUSGEBER DER GWS KURZMITTEILUNG

Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH

Heinrichstr. 30

49080 Osnabrück

Die Kurzmitteilung im Überblick

1	Aktuelle Entwicklungen in Deutschland	1
2	Ein Blick auf den Zusammenhang von Verteidigung und Wirtschaft	3
3	Das „Defense Employment and Purchases Projection System“ (DEPPS) der USA	4
4	Datenverfügbarkeit von deutschen Verteidigungsausgaben	5
5	Erste Rechnungen für Deutschland	7
6	Erkenntnisse und Ausblick	10
	Literaturverzeichnis	11

1 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN DEUTSCHLAND

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die äußere Sicherheit Deutschlands und damit auch die Verteidigungsausgaben in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Nach der Invasion im Frühjahr 2022 sprach Bundeskanzler Olaf Scholz von einer „Zeitenwende“. Russland gefährde mit dem Angriff nicht nur die Sicherheit der Ukraine, sondern auch die von Europa insgesamt. Eine „leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr“ sei nun umso wichtiger. Daher soll jetzt das Ziel der NATO, jährlich Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 % des Bruttoinlandsproduktes zu tätigen, erreicht werden. Dafür wurde ein Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro eingerichtet (vgl. Bundesregierung 2022).

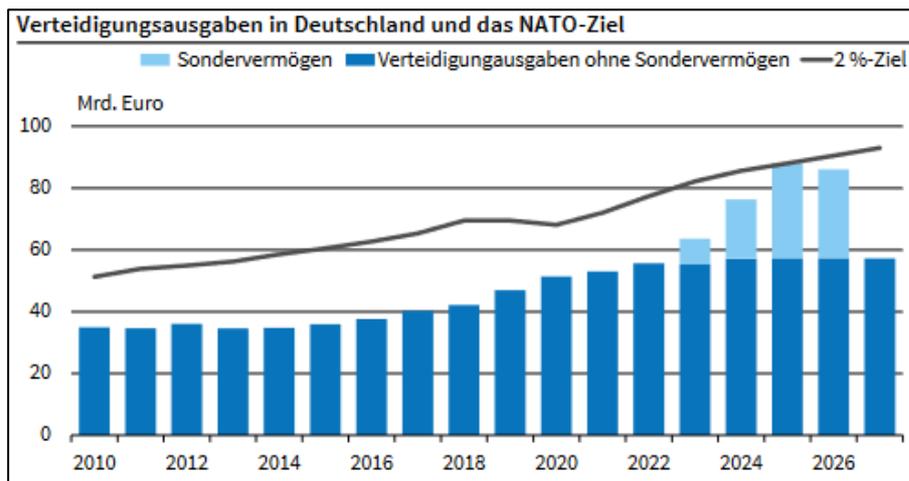
Für das Jahr 2023 sind Ausgaben in Höhe von 50,1 Mrd. Euro für die Verteidigung eingeplant. 9,6 Mrd. Euro, die im Einzelplan 14 (Bezeichnung für den Verteidigungshaushalt als Teil des Bundeshaushaltes) veranschlagt wurden, sollen investive Ausgaben sein. Aus dem Sondervermögen sieht der Haushalt 8,4 Mrd. Euro vor. Dieses Geld soll vor allem für komplexe, überjährige Rüstungsprojekte genutzt werden (vgl. BMVG 2022). Für 2024 sieht der Haushaltsentwurf Ausgaben in Höhe von 51,8 Mrd. Euro vor. Zusätzlich sollen aus dem Sondervermögen 19,2 Mrd. Euro entnommen werden. Damit wird laut BMVG die NATO-Quote erfüllt (vgl. BMVG 2023).

Die Bedeutung der Ausgaben für Deutschland wird noch ersichtlicher, wenn anstelle des eher klein wirkenden Ziels der NATO, 2 % des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, der Anteil der Verteidigungsausgaben am gesamten Bundeshaushalt betrachtet wird. Der Verteidigungshaushalt ist der zweitgrößte Teil des Bundeshaushaltes nach dem Haushalt für Arbeit und Soziales. Für das Jahr 2024 ist in der Planung ein prozentualer Anteil am gesamten Bundeshaushalt von 11,62 % vorgesehen. In diesen 11,62 % sind die finanziellen Mittel des Sondervermögens, die 2024 19,2 Mrd. Euro entsprechen, nicht enthalten (vgl. BMF 2023).

Dies lässt auf erhebliche Schwierigkeiten für die Erstellung zukünftiger Bundeshaushalte schließen. Da die Finanzplanung für die nächsten Jahre vorsieht, dass das Sondervermögen bis 2027 aufgebraucht wird, fordert das Erreichen des 2-%-Ziels eine langfristige Erhöhung der Verteidigungsausgaben auch im Kernhaushalt des Bundesverteidigungsministeriums. In Folge müssten bei anderen Haushalten Kürzungen vorgenommen oder zusätzliche Einnahmen aufgebracht werden, um das 2-%-Ziel mit Mitteln des Kernhaushaltes erreichen zu können. Zukünftige Projektionen für das Bruttoinlandsprodukt (vgl. Maier et al. 2022) zeigen, dass in den nächsten Jahren 80–100 Mrd. Euro pro Jahr für Verteidigung ausgegeben werden müssten, um das 2-%-Ziel zu erreichen. Beides zusammengenommen ist die Erreichung des NATO-Zieles nach 2027 fraglich (vgl. Abbildung 1).

Es entsteht eine mögliche Konfliktlinie. Während Bundesfinanzminister Lindner an der Schuldenbremse festhalten will und keine Steuererhöhungen plant (vgl. Bardt et al. 2023), sieht NATO-Generalsekretär Stoltenberg Deutschland in der Pflicht, das 2-%-Ziel einzuhalten. Für Stoltenberg handelt es sich dabei sogar um das Minimum der zu erbringenden Ausgaben (Sprung 2023).

Abbildung 1: Verteidigungsausgaben in Deutschland und das NATO-Ziel



Quelle: Bardt et al. 2023

Bei solchen Steigerungen der Verteidigungsausgaben von ca. 50 Mrd. Euro im Kernhaushalt auf bis zu 100 Mrd. Euro im Kernhaushalt und den damit möglicherweise verbundenen Kürzungen an anderen Stellen im Bundeshaushalt stellt sich die Frage, welche Auswirkungen Verteidigungsausgaben generell auf die deutsche Wirtschaft haben.

Dafür werfen wir zunächst einen Blick auf den Zusammenhang von Verteidigungsausgaben und Wirtschaft im Allgemeinen. Daraufhin folgt ein kurzer Überblick zum „Defense Employment and Purchases Projection System“ (DEPPS) der USA, mithilfe dessen das amerikanische Verteidigungsministerium bereits Effekte der Militärausgaben auf die US-Wirtschaft in der Vergangenheit untersucht hat. Zur Betrachtung von Deutschland beleuchten wir dann zunächst die Datenverfügbarkeit zu den deutschen Verteidigungsausgaben, um anschließend die Ergebnisse aus ersten Rechnungen mit dem makro-ökonomischen Modell IN-FORGE für Deutschland zu erläutern.

2 EIN BLICK AUF DEN ZUSAMMENHANG VON VERTEIDIGUNG UND WIRTSCHAFT

Es liegen zwar so gut wie keine Literatur oder Analysen zum Thema Verteidigung und Wirtschaft speziell für Deutschland vor, jedoch besteht die Möglichkeit, auf die Unterscheidung zwischen den Verteidigungsausgaben auf entwickelte Länder (Industriestaaten) im Vergleich zu jenen auf Entwicklungsländer (vgl. Dunne & Tian 2013) zurückzugreifen.

Neu (1990) zufolge stellen Militärausgaben grundsätzlich eine Belastung für die Wirtschaft dar. Denn sie generieren keinen konsumierbaren oder zumindest messbaren Output und können nicht mehr im zivilen Bereich zum Einsatz, z. B. zur Verbesserung der IT-Infrastruktur, kommen. Teilweise können militärische Ausgaben aber dennoch positive Auswirkungen auf die Wirtschaft haben (vgl. ebd.).

Positive Effekte erzielen einfache Multiplikator-Modelle: Verteidigungsausgaben sind Teil der Staatsausgaben und können z. B. in konjunkturell schwachen Phasen zur Ankurbelung der Nachfrage dienen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Somit hätten Verteidigungsausgaben kurzfristig eine positive Wirkung auf die Wirtschaft. Wenn, wie jetzt, allerdings eher ein Fachkräftemangel herrscht (vgl. Maier et al. 2022), kann die zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften für beispielsweise die Bundeswehr und ihre Investitionen auch als Crowding-out, also die Verdrängung privater Aktivitäten, durch den Staat gesehen werden.

Spillover-Effekte bzw. Spin-offs oder Dual-Use-Technologien könnten ebenfalls positive Effekte der Militärausgaben auf die Wirtschaft darstellen. Dabei handelt es sich zumeist um Innovationen im technologischen Bereich, die mithilfe militärischer Forschungs- und Entwicklungsausgaben entwickelt wurden und auch in dieser Form (Dual Use) bzw. in anderer Form oder durch Weiterentwicklung Anwendung im zivilen Bereich finden. Zum Beispiel wurde die Entwicklung des Internets mithilfe von Forschungs- und Entwicklungsausgaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums vorangetrieben (vgl. Ruttan 2006).

Ein weiteres großes Themengebiet in der Literatur ist die empirische Bewertung von möglichen Auswirkungen von Militärausgaben auf das Wirtschaftswachstum. Beiträge im „Economics of Peace and Security Journal“ weisen darauf hin, dass empirisch nur geringe Zusammenhänge erkennbar sind. Dunne und Tian analysierten im Jahr 2013 die hierzu vorliegende Literatur. Die Analyse umfasste 168 Studien über 20 Jahre. Ihre Schlussfolgerung lautet, dass vor allem die Daten nach Ende des Kalten Krieges Beweise für einen insgesamt negativen Zusammenhang von Militärausgaben und Wirtschaftswachstum bieten. Allerdings ist die Aussagekraft beschränkt, da die Studien alle sehr unterschiedliche Ansätze aufwiesen (z. B. empirische Methoden, Länder(gruppen), Zeiträume).

Eine der neuesten Studien stammt von Becker und Dunne (2023), welche die verschiedenen Komponenten von Militärausgaben mithilfe von Daten der NATO untersuchten. Die Ergebnisse zeigen, dass eine negative Auswirkung der Militärausgaben auf das Wirtschaftswachstum bei einer Aufschlüsselung der Ausgaben in die Kategorien Ausrüstung, Personal, Infrastruktur sowie Betrieb und Instandhaltung in erster Linie auf eine negative Auswirkung der Personalausgaben zurückzuführen ist.

Im Ergebnis werden also Verteidigungsausgaben im Hinblick auf Höhe und Dynamik der ökonomischen Entwicklung als negativ angesehen. Wir interpretieren diese Erkenntnis wie

folgt: Verteidigungsausgaben, die in der Regel ohne ökonomischen Ertrag sind, führen während der Zeitspanne der Verausgabung zu positiven ökonomischen Impulsen. Wegen bspw. der steigenden Abschreibungen aufgrund von Verschleiß entstehen aber im Zeitablauf anhaltende höhere Kosten und Herstellungspreise. Die Wirkung lässt nach. Werden die zusätzlichen Ausgaben in Form von Investitionen, Material oder auch Personal des Staates an einer Stelle (Verteidigung) durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert, kann das Ergebnis „kippen“. Z. B. dann, wenn potenziell ertragreichere Investitionen/Ausgaben (Ausbau von Infrastruktur) zugunsten von Verteidigungsausgaben wegfallen. Im umgekehrten Fall kann eine „Friedensdividende“ erzielt werden. Daher ist die Frage nach den Spillover-Effekten entscheidend. Nur aus diesen können über verbesserte Prozesse oder Produkte auch für den zivilen Teil der Volkswirtschaft positive und vielleicht auch kompensierende Wirkungen entstehen.

3 DAS „DEFENSE EMPLOYMENT AND PURCHASES PROJECTION SYSTEM“ (DEPPS) DER USA

In den USA hat das Verteidigungsministerium (Department of Defence (DoD)) mithilfe von INFORUM (<https://inforumecon.com>) bereits seit Jahrzehnten Daten zu wirtschaftlichen Auswirkungen von Militärausgaben ermittelt und analysiert. Dabei geht es nicht nur darum, den Einfluss des Niveaus, sondern auch die Wirkung der Zusammensetzung der Militärausgaben zu erkennen.

Das „Defense Employment and Purchases Projection System“ (DEPPS) enthält detaillierte Daten zu drei Bereichen: Wirtschaftsbereichen, Bundesstaaten und Erwerbstätigkeit. Jährlich wurden Berichte zur Ermittlung der Auswirkungen auf die Wirtschaft mithilfe der Planungen für zukünftige Militärhaushalte (Future Years' Defense Program (FYDP)) erstellt. 2019 wurden diese Berichte eingestellt. Die letzte Prognose bezieht sich auf den Zeitraum von 2017 bis 2023 (vgl. DoD 2019). Diese dürfte allerdings aufgrund der globalen Coronakrise, dem Krieg in der Ukraine und der anhaltenden steigenden Inflation deutliche Abweichungen zu aktuellen Zahlen aufweisen.

Das DEPPS ist in drei Bereiche aufgeteilt. Das IDEEPS untersucht, welche Industrien Waren und Dienstleistungen, die für die Verteidigung benötigt werden, produzieren. Hierbei werden direkte und indirekte Ausgaben unterschieden. Zuletzt wurden im Jahr 2018 Daten für 351 Industrien erhoben. RDEEPS unterteilt Daten für Industrien nach US-Bundesstaaten. Diese Informationen können genutzt werden, um z. B. die Auswirkungen einer Schließung einer Militärbasis in einem Bundesstaat abzuschätzen (vgl. Meade & Shone 2011). LDEPPS ist für die Analyse der Beschäftigung in Verbindung mit Militär gedacht. Verwendet werden die Input-Output-Modelle Iliad und LIFT von INFORUM. Außerdem wurde ein „Defence Translator“ entwickelt, der den gesamten Verteidigungshaushalt anhand einzelner Kategorien in die Ursprungsindustrien aufschlüsselt.

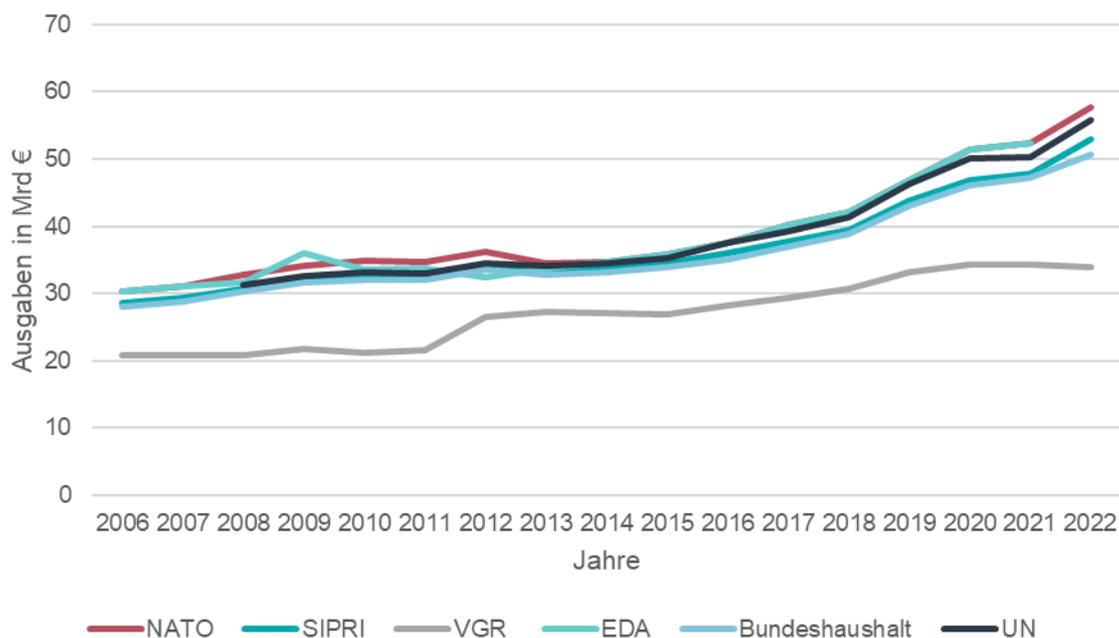
Um ähnliche Berechnungen einzelner Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland zu erstellen, braucht es zunächst eine verlässliche Datengrundlage. Deshalb wird im nächsten Kapitel auf die möglichen Quellen eingegangen.

Anders als die oben genannten Studien stellt sich DEPPS nicht die Frage, ob mehr oder weniger Wachstum durch Verteidigungsausgaben generiert werden, sondern, wie sich Branchen und Wachstum insgesamt mit den Verteidigungsausgaben entwickeln. Es ist insofern ein pragmatischer Ansatz. Untersucht werden die Folgen und nicht das „Ob“. Letztlich ist schwer festzustellen, ob Verteidigungsausgaben ökonomisch sinnvoll sind, da stets zu hoffen ist, dass sie ihre Notwendigkeit nicht unter Beweis stellen.

4 DATENVERFÜGBARKEIT VON DEUTSCHEN VERTEIDIGUNGS AUSGABEN

Zu den Militärausgaben in Deutschland gibt es verschiedene Quellen. Im Folgenden werden die Daten des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), NATO, European Defence Agency (EDA), Vereinte Nationen (UN), Bundeshaushalt (Haushaltsrechnungen) und Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zu Konsumausgaben des Staates für die Verteidigung zur Betrachtung des Zeitraumes von 2006 bis 2022 herangezogen (Abbildung 2).

Abbildung 2: Verteidigungsausgaben in Deutschland aus der Sicht unterschiedlichen Quellen



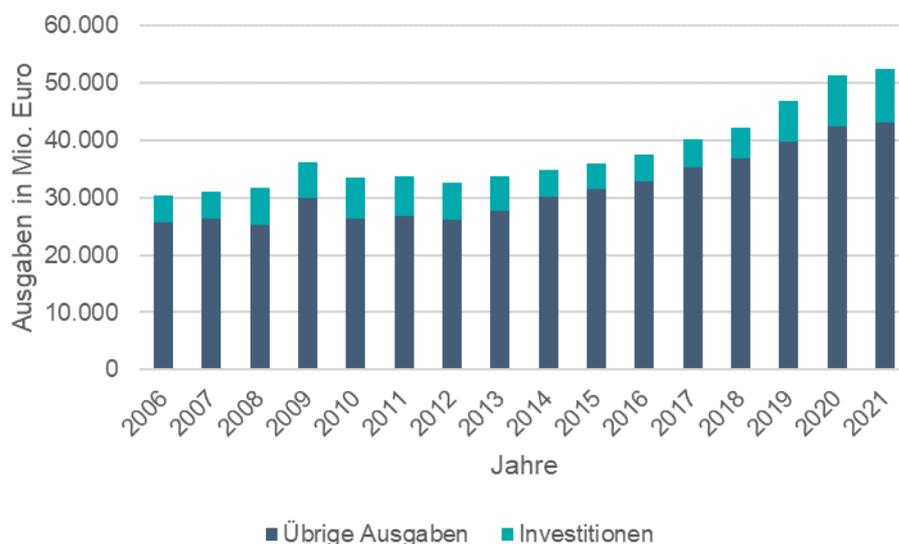
Quellen: North Atlantic Treaty Organization (NATO), Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Bundesministerium der Finanzen (BMF), European Defence Agency (EDA), Statistisches Bundesamt, United Nations (UN), eigene Darstellung

Alle Datenreihen zeigen einen Trend zur Ausgabenerhöhung. Die Konsumausgaben des Staates im Aufgabenbereich „Verteidigung“ in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sind kleiner, da sie keine Investitionsausgaben beinhalten und, wie in der Abbildung 2 zu erkennen, somit deutlich unter den ermittelten Ausgaben der anderen Quellen liegen.

Abbildung 2 zeigt die Unterschiede zwischen verschiedenen Datenquellen. Während sich das SIPRI stark an den Ausgaben für Verteidigung der Bundesregierung orientiert, weichen die Angaben der NATO, EDA und UN noch oben ab. Die Daten der EDA stimmen ab 2014 mit den Daten der NATO überein. Die abweichenden Angaben der NATO lassen sich damit erklären, dass zur besseren Vergleichbarkeit der Mitgliedsstaaten eine eigene Definition von Militärausgaben genutzt wird. Das führt in Deutschland dazu, dass Ausgabenkomponenten aus anderen Ministerien den Militärausgaben hinzugerechnet werden. Zuletzt lag dieser Anteil zwischen 8 und 12 % des Verteidigungshaushaltes (vgl. Bardt et al. 2023). Bei der UN sind die höheren Angaben nicht einfach zu erklären, da sie die Daten direkt von der Bundesregierung erhalten. Die UN lässt die Länder einen vorgefertigten Bogen ausfüllen.

Entscheidend für die Analyse der wirtschaftlichen Bedeutung von Militärausgaben ist auch die Zusammensetzung der Ausgaben, wie die Analyse von Becker und Dunne gezeigt hat. Dabei wählten die genannten Institutionen unterschiedliche Ansätze. Die EDA gibt alleinig den Anteil der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben an (Abbildung 3). Die NATO legt eine prozentuale Unterteilung in Personal, Infrastruktur, Ausrüstung und Sonstiges vor. Der Bundeshaushalt für Verteidigung (Einzelplan 14) zeigt Betriebsausgaben (darunter Personalausgaben, Materialerhaltung und sonstige Betriebsausgaben), Betreiberverträge (z. B. mit der Bundeswehr Bekleidungsmanagement GmbH), investive Ausgaben (Forschung, Entwicklung und Erprobung, militärische Anlagen und sonstige Investitionen) und Versorgungsausgaben. SIPRI weist keine Daten zur genauen Zusammensetzung der Verteidigungsausgaben aus.

Abbildung 3: Anteil der Investitionen an den Verteidigungsausgaben nach EDA



Quelle: EDA, eigene Darstellung.

Bei der UN liegt die detaillierteste Aufteilung vor (Abbildung 4). Dort werden die Ausgaben grob in Personal, Betrieb und Instandhaltung, Beschaffung und Bau (Investitionen) sowie Forschung und Entwicklung unterteilt und diese Kategorien enthalten wiederum weitere Verzweigungen. Deutschland ist eines der wenigen Länder, die den vorgegebenen Bogen

in dieser Genauigkeit ausfüllen. Da er ab dem Jahr 2012 geändert wurde, sind in der nachfolgenden Grafik nur die Daten von 2012 bis 2022 enthalten.

Abbildung 4: Zusammensetzung Verteidigungsausgaben nach der UN



Quelle: Vereinte Nationen (UN), eigene Darstellung

5 ERSTE RECHNUNGEN FÜR DEUTSCHLAND

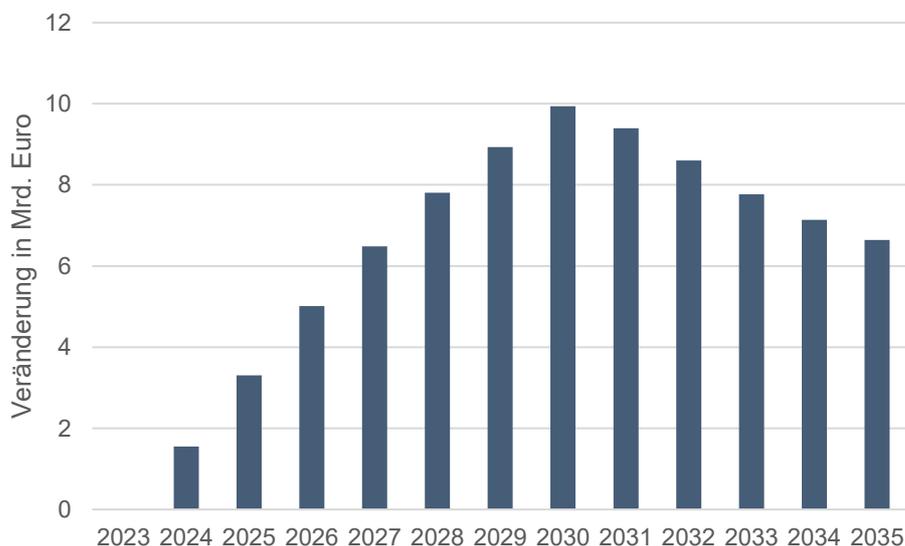
Für erste eigene Wirkungsrechnungen wurde INFORGE (INterindustry FORecasting Germany), ein makro-ökonomisches Input-Output-Modell zu Prognose- und Simulationszwecken, verwendet (Becker et al. 2022). Bei der folgenden Analyse folgen wir dem Ansatz von DEPPS, bei dem es nicht in erster Linie um die Frage geht, ob Verteidigungsausgaben eine positive oder negative Auswirkung auf das Wachstum haben, sondern, welche Branchenwirkungen mit Verteidigungsausgaben verbunden sind. Ob und in welcher Höhe Verteidigungsausgaben getätigt werden, ist und bleibt eine politische Entscheidung. Angesichts der bestehenden und bleibenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt (Zika et al. 2023, S. 40) sind zur Beurteilung der Durchführbarkeit von Ausgabensteigerungen aber die Branchenwirkungen entscheidend.

Daher werden die Investitionsausgaben des Staates im Bereich Verteidigung im Rahmen einer Sensitivitätsrechnung kontinuierlich von 2023 bis 2030 auf zusätzliche 10 Mrd. Euro gesteigert, um deren Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und insbesondere auf die Branchen aus Sicht der Arbeitsplätze und der Produktion abzubilden. Diese Investitionen wurden unterteilt in Investitionen in den Bereichen geistiges Eigentum (1,5 Mrd. Euro) und Ausrüstungsgüter (8,5 Mrd. Euro). Die Ausgaben und deren Unterteilung sind angelehnt an die im Verteidigungshaushalt veranschlagten Investitionen für Forschung, Entwicklung und Erprobung (= geistiges Eigentum) sowie militärische Beschaffungen (= Ausrüstungsgüter) im Jahr 2021. Eine Gegenfinanzierung durch z. B. Budgetkürzungen wird nicht vorgesehen. Wie beim Sondervermögen erfolgt eine Finanzierung aus zusätzlicher Kreditaufnahme. Diese Erhöhung der staatlichen Investitionen im Bereich der Verteidigung kann

als eine Sensitivitätsrechnung gesehen werden und wird im Folgenden als „Szenario“ bezeichnet. Zur Analyse wurden die Ergebnisse des Szenarios mit den Daten des Basislaufs, also der Simulation zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklungen ohne die zusätzlichen Verteidigungsinvestitionen, gegenübergestellt.

Abbildung 5 zeigt, dass es bis zum Jahr 2030 einen erwarteten Anstieg des Bruttoinlandsproduktes gibt, da die jährlichen Investitionen bis 2030 durchgehend erhöht werden. Danach verändert sich das zusätzliche Investitionsvolumen nicht mehr und die Kurve flacht ab. Wenn die zusätzlichen Investitionsimpulse aussetzen, also der zusätzliche Investitionsaufschlag unverändert ist, bleiben die Preiswirkungen aufgrund der höheren Investitionsnachfrage aber bestehen. Es zeigt sich eine Verdrängung anderer Komponenten des Bruttoinlandsproduktes, da kein „Ertrag“ der zusätzlichen Investitionen eingestellt werden kann. In Folge sind die Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt mit Ausnahme des Jahres 2030 kleiner als die zusätzlichen Investitionen.

Abbildung 5: Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes in Mrd. Euro, preisbereinigt

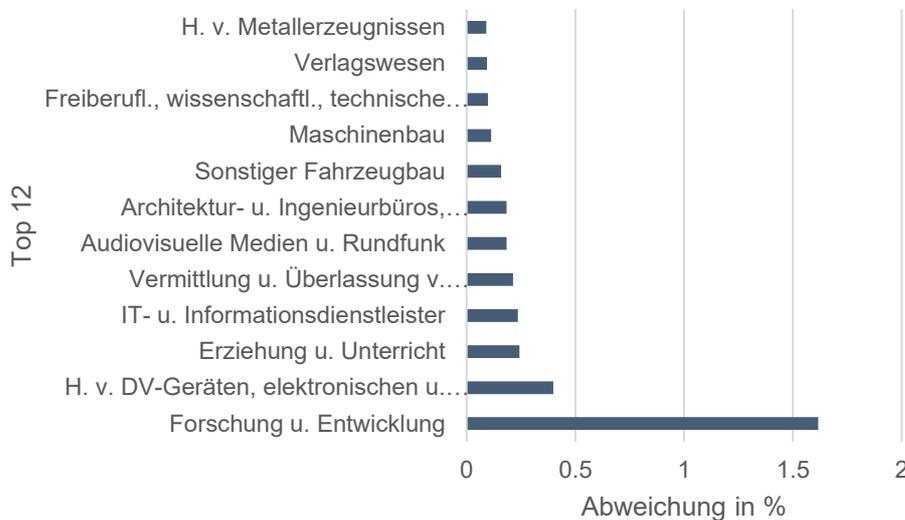


Quelle: eigene Berechnung und Darstellung

Für die Anzahl der Erwerbstätigen in den 63 Wirtschaftsbereichen des Modells wurden die Zahlen im Jahr 2030 ausgewertet. Im Vergleich mit dem Basislauf ergab das Szenario erhöhte Erwerbstätigenzahlen in vorhersehbaren Wirtschaftsbereichen. Den mit Abstand größten Anstieg der Arbeitsplätze gab es prozentual bei der Forschung und Entwicklung (1,6 %). Absolut ist die Zahl der Erwerbstätigen im Bereich Erziehung und Unterricht am stärksten gestiegen, da es direkte Verknüpfungen zwischen Erziehung und Unterricht und Forschung und Entwicklung über den Vorleistungsverbund gibt, die über den Input-Output-Zusammenhang hergestellt werden. Auch prozentual gibt es dort den drittgrößten Anstieg. Dabei lagen die Investitionen für Forschung, Entwicklung und Erprobung nur bei 1,5 Mrd. Euro von jährlich 10 Mrd. Euro. An zweiter Stelle kommt die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (0,4 %). Die Investitionen im Bereich der militärischen Beschaffung bzw. Ausrüstungsgüter mit einem Umfang von 8,5 Mrd. Euro haben im Szenario nur zu geringen Veränderungen der Erwerbstätigkeit geführt.

Beispielsweise gab es in den Bereichen Maschinenbau (0,1 %) und „Sonstige Fahrzeuge“ (0,16 %) im Vergleich nur kleine positive Veränderungen.

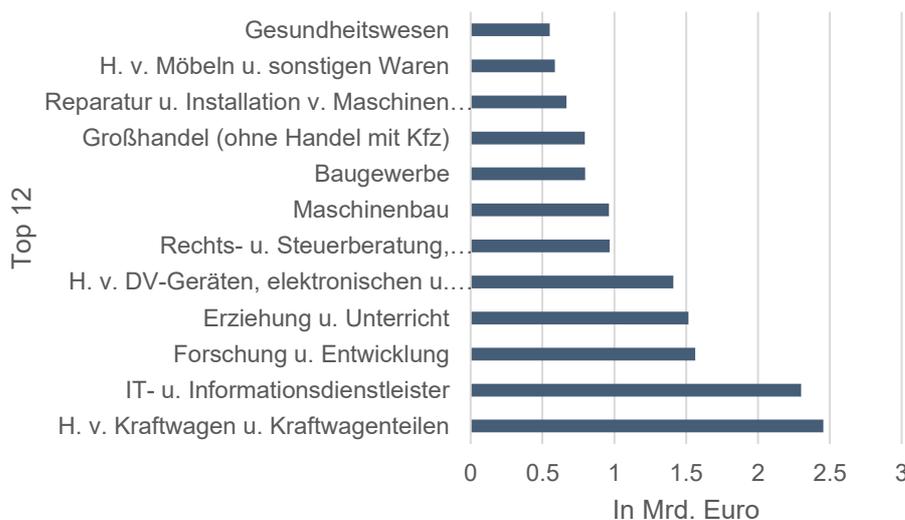
Abbildung 6: Prozentuale Veränderung der Arbeitsplätze für die Top-12-Branchen 2030



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung

Bei der Produktion gibt es beim Vergleich zwischen dem Basislauf und dem Szenario im Jahr 2030, wie in Abbildung 7 zu erkennen, Erhöhungen in ähnlichen Wirtschaftsbereichen wie bei den Arbeitsplätzen. Forschung und Entwicklung sowie Erziehung und Unterricht sind mit jeweils über 1,5 Mrd. Euro Produktionsanstieg auf den Plätzen 3 und 4 unter den Top-12-Branchen. In der Branche Maschinenbau erhöhte sich die Produktion ebenfalls um fast 1 Mrd. Euro. Den größten Anstieg gab es bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwageneinzelteilen (2,45 Mrd. Euro).

Abbildung 7: Veränderung der Produktion für die Top-12-Branchen 2030 in Mrd. Euro



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung

Die Szenarioergebnisse zeigen, dass das „übliche“ Investitionsverhalten und jenes für Verteidigungsausgaben mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich voneinander abweichen. Insbesondere die Investitionen für Ausrüstungsgüter fließen ohne weitere Informationen über die Investitionsstruktur von Verteidigungsausgaben in einem zu geringen Umfang in den Wirtschaftsbereich „Sonstige Fahrzeuge“, zu denen insbesondere Militärfahrzeuge gehören. Datenanalysen, die sich sowohl auf das vorhandene Datenmaterial nach Branchen als auch auf die Übersetzung des Verteidigungshaushaltes auf Verbrauchsgüter, Leistungen und Investitionen beziehen, könnten hier ein genaueres Bild zeichnen.

6 ERKENNTNISSE UND AUSBLICK

Um die Wirkungen der in Deutschland voraussichtlich deutlich steigenden Militärausgaben abzuschätzen, sind detailliertere Informationen als bisher vorliegend notwendig: Wie unterscheiden sich „normale“ Investitionen des Staates von Militärausgaben? Mit dem bisherigen Instrumentarium kann diese Unterscheidung nur ungenügend abgebildet werden.

Als ein mögliches Vorbild können die Arbeiten von INFORUM („Defense Employment and Purchases Projection System“ (DEPPS) (DoD 2019)) dienen, da INFORUM mit dem Modell LIFT ein INFORGE sehr ähnliches Modell nutzt. Da die Ergebnisse andernfalls zu unspezifisch sind, sind insbesondere die militärspezifischen Informationen für die Investitionsgüter und -dienste genau zu spezifizieren.

Ferner sind weitere Fragen, die für die Wirkungen der Verteidigungsausgaben entscheidend sind, offen: Wie hoch ist der Anteil der Importe an den vom Staat bezogenen Gütern? Bestehen ggf. Spillovers in den nicht militärischen Teil der Volkswirtschaft? Wie werden die notwendigen Mittel für die langfristige Aufstockung des Verteidigungshaushaltes aufgebracht?

Sicher ist, dass eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben in Deutschland erhebliche Wirkungen auf die ökonomische Entwicklung auslösen wird. In der Sensitivitätsanalyse zeigt sich zudem, dass sich bei einer Kreditfinanzierung eine positive, aber abnehmende Wirkung ergibt. Der Rückgang trotz anhaltend höherer Investitionen ist u. a. den steigenden Abschreibungen und damit den höheren Kosten geschuldet. Um aber detailliertere Aussagen zu machen, bspw. zu Spillover-Wirkungen, sind bessere Daten und breiteres Wissen über die Wirkungsweisen zu sammeln. Mit den vorhandenen Daten sind nur grobe Aussagen über die betroffenen Branchen und die Entwicklung insgesamt möglich.

Letztlich kann aber ein Modell wie INFORGE nicht die Frage klären, ob Verteidigungsausgaben Wachstum generieren oder nicht. Zwar können die ökonomischen Folgen von Ausgaben berechnet werden, der Vorteil aus einer z. B. größeren Sicherheit kann jedoch nicht bewertet werden. Die Frage, ob Verteidigungsausgaben und in welcher Höhe zu tätigen sind, bleibt eine politische Entscheidung.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bardt, H., Christofzik, D.I. Meyer, D., Junkernheinrich, M., Jacob, M., Übelmesser, S., Dorn, F., Schlepper, M. (2023): Haushaltspolitik im Zeichen der »Zeitenwende« – auf was müssen wir zugunsten der Verteidigung verzichten? ifo Institut, München, 2023, ifo Schnelldienst, 2023, 76, Nr. 07, S. 1–31.
- Becker, J. & Dunne, J. P. (2023): Military Spending Composition and Economic Growth, Defence and Peace Economics, Volume 34, Issue 3, pp. 259–271. DOI: [10.1080/10242694.2021.2003530](https://doi.org/10.1080/10242694.2021.2003530)
- Becker, L., Bernardt, F., Bieritz, L., Mönnig, A., Parton, F., Ulrich, P. & Wolter, M. I. (2022): INFORGE in a Pocket. GWS-Kurzmitteilung 2022/02, Osnabrück. <https://www.gws-os.com/de/publikationen/gws-kurzmitteilungen/detail/inforge-in-a-pocket>
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2023): Bundeshaushalt. Bundeshaushalt digital. <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>, abgerufen am 21.09.2023.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2023): Haushalts- und Vermögensrechnungen des Bundes. https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Bundeshaushalt/Haushalts_und_Vermoegensrechnungen_des_Bundes/haushalts_vermoegensrechnungen_des_bundes.html, abgerufen am 21.09.2023.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (o. J.): Bundeshaushalt. <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Download-Portal/download-portal.html>, abgerufen am 21.09.2023.
- Bundesministerium für Verteidigung (BMVG) (2022): Haushaltsausschuss beschließt Verteidigungsetat und Plan zum Sondervermögen 2023. <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/etat-und-sondervermoegen-2023-fuer-gut-ausgestattete-bundeswehr-5523100> abgerufen am 21.09.2023, abgerufen am 21.09.2023.
- Bundesministerium für Verteidigung (BMVG) (2023): Verteidigungsetat 2024 wächst um 1,7 Milliarden Euro – NATO-Quote wird erreicht. <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/gruenes-licht-im-kabinett-verteidigungsetat-2024-5648648>, abgerufen am 21.09.2023.
- Bundesregierung (2022): Reden zur Zeitenwende. Bundeskanzler Olaf Scholz, Berlin. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf>
- Department of Defence (DoD) (2019): 2018. Projected Defense Purchases: Detail by Industry and State. Calendar Years 2017 Through 2023.
- Dunne, J. P. & Tian, N. (2013): Military expenditure and economic growth: A survey, The Economics of Peace and Security Journal. Volume 8, No. 1, pp. 5–11. DOI: <http://dx.doi.org/10.15355/epsj.8.1.5>
- European Defence Agency (EDA) (o. J.): Defence Data <https://eda.europa.eu/publications-and-data/defence-data>, abgerufen am 21.09.2023.

- Maier, T., Kalinowski, M., Zika, G., Schneemann, Ch., Mönnig, A. & Wolter, M. I. (2022): Es wird knapp – Ergebnisse der siebten Welle der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufspprojektionen bis zum Jahr 2040. [BIBB Report 3/2022](#), Bonn.
- Meade, D. & Shone, B. (2011): Potential Uses of DEPPS as an Analytical Tool for Policy Makers.
- NATO (2023): Defence Expenditures of NATO Countries (2014–2023). https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_216897.htm, abgerufen am 21.09.2023
- Neu, C. R. (1990): Defense Spending and the Civilian Economy. Santa Monica, CA: RAND Corporation. <https://www.rand.org/pubs/notes/N3083.html>
- Ruttan, V. W. (2006): Is War Necessary for Economic Growth? Clemens Lecture Series. 14. https://digitalcommons.csbsju.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1005&context=clemens_lectures, abgerufen am 21.09.2023.
- Statistisches Bundesamt (2023): Genesis Online: 81000-0139: VGR des Bundes – Konsumausgaben des Staates: Deutschland, Jahre, Aufgabenbereiche des Staates (COFOG). <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=81000-0139&bypass=true&levelindex=0&levelid=1695200611655#abreadcrumb>, abgerufen am 21.09.2023.
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (o. J.): SIPRI Military Expenditure Database. <https://milex.sipri.org/sipri>, abgerufen am 21.09.2023.
- Sprung, F. (17.09.2023): NATO-Generalsekretär – Stoltenberg fordert von Deutschland mehr Ausgaben. <https://www.tagesschau.de/ausland/stoltenberg-nato-verteidigungsausgaben-100.html>, abgerufen am 21.09.2023
- Vereinte Nationen (UN) (o. J.): Military Expenditures. National Reports. <https://milex.un-arm.org/national-reports>, abgerufen am 08.12.2023.
- Zika, G., Schneemann, Ch., Zenk, J., Maier, T., Kalinowski, M., Schnur, P., Krinitz, J., Mönnig, A. & Wolter, M. I. (2023): Fachkräftemonitoring für das BMAS – Mittelfristprognose bis 2027. Forschungsbericht 625, Berlin.